

BOOMER IM STÄNDERAT BEGRABEN DEN GENERATIONENVERTRAG

19. Februar, Bern

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats will die 13. AHV-Rente über höhere Lohnbeiträge und eine unbefristete Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren. Für die Jungen Grünliberalen ist klar:

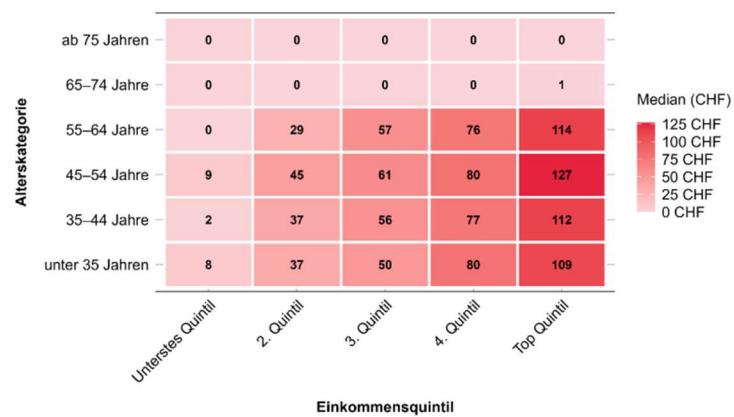
- Dieses Modell ist verantwortungslos und zementiert die Schieflage in der AHV.
- Es braucht echte Reformen, um die AHV-Finanzierung an die steigende Lebenserwartung anzupassen.

57-Jährige entscheiden: Junge zahlen, Ältere profitieren

Die 13. AHV-Rente wurde bei den über 60-Jährigen deutlich angenommen, während die unter 40-Jährigen mehrheitlich dagegen stimmten. Die SGK-S mit einem Durchschnittsalter von 57 Jahren beschliesst nun eine Finanzierung, die in erster Linie die junge und erwerbstätige Generation belastet. Die jüngste BSS-Studie von Prof. Brülhart zeigt klar, dass höhere Lohnbeiträge ausschliesslich Erwerbstätige treffen, während Rentner keinen Beitrag leisten.

«*Was hier beschlossen wurde, ist das Ende des Generationenvertrags*», sagt Loa Wild, Vizepräsidentin der Jungen Grünliberalen. «*Diejenigen, die die 13. AHV-Rente bestellt haben, werden geschont. Zahlen sollen jene, die mehrheitlich dagegen waren. Das ist weder fair noch nachhaltig.*»

Abbildung 9: Absolute monatliche Belastung einer Lohnbeitragserhöhung (1PP)



Darstellung BSS; Quelle: HABE 2018/2019. N = mind. 1137 Beobachtungen pro Quintil. $44 \leq N \leq 432$ für alle Alter-Einkommen-Kombinationen. Höhere Quintile bezeichnen Haushaltsgruppen mit höheren Einkommen. Berechnet ist der Median der absoluten Belastung einer Lohnbeitragserhöhung um 1PP. Zur Herleitung der Annahmen zur Inzidenz vgl. Kapitel 5.1.

Quelle: BSS-Studie: [Höhere Lohnbeiträge: Auswirkungen auf Haushalte, Arbeitsmarkt und den Standort Schweiz](#), Abbildung 9: Absolute monatliche Belastung einer Lohnbeitragserhöhung nach Alter, S. 35.

Das grösste Sozialwerk wird asozial

Die Kombination aus höheren Lohnbeiträgen und einer unbefristeten Mehrwertsteuererhöhung verteuert Arbeit, schwächt die Kaufkraft und verschiebt die Last systematisch auf die junge Generation. Gravierend ist zudem, dass die strukturellen Probleme der AHV nicht angegangen werden. Die aktuelle "Pflästerlipolitik" blockiert Diskussionen über das Modell der Lebensarbeitszeit und andere strukturelle Reformen, die langfristig die Finanzierung der AHV sichern könnten.

«Die demografische Entwicklung verschärft sich weiter, unabhängig davon, was "Altherren" in Ständerat entscheiden» kritisiert Wild und führt aus: «Das grösste Sozialwerk unseres Landes wird asozial, wenn Solidarität zwischen den Generationen verantwortungslos überstrapaziert wird», so Wild weiter. «Mehr Geld einzutreiben, ohne endlich strukturell zu reformieren, ist keine Lösung. Es ist ein Aufschub auf Kosten unserer Generation.»

Es gibt eine bessere Lösung

Der Nationalrat hat eine alternative Finanzierung vorgeschlagen, die auf einen Antrag von GLP-Nationalrat Patrick Hässig zurückgeht: **eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne zusätzliche Lohnabzüge**. Dieses Modell verteilt die Last breiter, verteuert Arbeit nicht weiter und hält den Reformdruck aufrecht. Eine Übergangslösung bis 2030 schafft Zeit, um im Rahmen der AHV-Reform strukturelle Anpassungen verbindlich anzugehen.

«Wir anerkennen, dass die 13. AHV-Rente finanziert werden muss», sagt Wild. «Aber sie darf nicht einseitig auf dem Rücken der Erwerbstätigen erfolgen. Eine befristete Lösung lässt den Raum offen für richtige Reformen.»

Mehr Geld ersetzt keine Reform

Für die Jungen Grünlberalen ist klar, dass eine reine Mehrfinanzierung der AHV ohne verbindliche strukturelle Reform unverantwortlich ist. Wer heute lediglich Abgaben erhöht und Reformen vertagt, nimmt in Kauf, dass die AHV langfristig an Legitimität verliert. Zustände wie in Deutschland, wo die Altersvorsorge politisch blockiert und faktisch unreformierbar geworden ist, dürfen in der Schweiz nicht Realität werden.

«Wir brauchen Mut zur Reform. Die AHV muss so modernisiert werden, dass sie auch für unsere Generation tragfähig bleibt. Ständige Steuererhöhungen ersetzen keine strukturellen Lösungen», betont Wild.

Jetzt echte AHV-Reform anpacken

Die Jungen Grünlberalen werden sich mit Nachdruck für eine AHV-Reform einsetzen, die diesen Namen verdient. Eine Reform, die das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern ehrlich adressiert, Anreize für Erwerbstätigkeit stärkt und die Solidarität zwischen den Generationen wieder ins Gleichgewicht bringt.

«Wir stehen für eine AHV, die auch unsere Generation noch trägt», sagt Wild. «Solidarität darf keine Einbahnstrasse sein. Jetzt braucht es Verantwortung und echte Reformen.»

KONTAKT FÜR RÜCKFRAGEN:

Loa Wild, Vizepräsidentin Junge Grünliberale Schweiz, loa.wild@jglp.ch, 079 885 57 33
Maya Tharian, Co-Präsidentin Junge Grünliberale Schweiz, maya.tharian@jglp.ch, 078 711 25 77